

hochschule

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

ost

Leipzig Dezember 1991

Herausgeber:
Arbeitskreis
Hochschul-
politische
Öffentlichkeit

Special

"eine ordinäre politische maßnahme"

rudolf bahro

Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit



NEUE LÄNDER ERZEUGNIS

Editorial

Die "Affäre Fink" hat mehrere Dimensionen.

Zum einen eine hochschulpolitische: Nirgendwo zeigt sich der Ablauf der vermeintlichen Integration der ostdeutschen Hochschulen in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft deutlicher als in Berlin. Die dortige zugespitzte Situation - ein besonders unflexibler westdeutscher Senator trifft auf die selbstbewussteste ostdeutsche Universität - führt im Brennspiegel vor Augen, was subtiler auch andernorts abläuft.

Zum weiteren verbirgt sich in der "Affäre Fink" das Stasi-Aktenproblem. Joachim Gauck - von Diestel und de Maizière ins Amt protegirt und damals von den Bürgerbewegungen mit Hoffnung begleitet - drängelt seit Monaten sukzessive bürgerbewegte AktivistInnen der Anfangszeit aus seiner Behörde, ohne daß die Öffentlichkeit davon in relevanter Weise Notiz nehmen würde. Wenn die "Affäre Fink" eine in die Zukunft weisende Wirkung haben kann, dann zunächst die der Enttabuisierung der Arbeit der Gauck-Behörde.

Schließlich offenbart die "Fink-Affäre" - als Höhepunkt einer ja nicht erst seit dem letzten Brief der Gauck-Behörde in dieser Sache laufenden öffentlichen Diskussion zur Person von Heinrich Fink - ein Grundproblem der Nach-DDR: Inwieweit ist jemand, der/der sich als DDR-BürgerIn auf diesen real existierenden Staat eingelassen hat, für die Zukunft des nunmehr anderen Landes tragbar? Was sind dabei die Maßstäbe? Duchac ja - Fink nein? Wo verläuft hierbei die Grenze? Und: Waren diejenigen, die sich aus allem herauszuhalten suchten (in einem Land, an dessen Zusammenbruch die längste Zeit die wenigsten glaubten), tatsächlich die moralisch Stärkeren, oder ist Nichtstun auch eine Form von Tun?

Die "Affäre Fink" wirft also eine Vielzahl von Fragen auf, die über Berlin hinaus von Bedeutung sind. Heinrich Fink macht durch sein Auftreten lediglich die für ganz Ostdeutschland akuten Probleme prominent. Deshalb haben wir uns kurzfristig entschlossen, dieses Special herauszubringen. Es enthält die wichtigsten Dokumente zur Sache, deren Kenntnisnahme hilfreich ist bei der Einschätzung der ablaufenden öffentlichen Auseinandersetzungen. Zum weiteren wird in ausführlichen Ausschnitten die Podiumsdiskussion am 28.11.1991 in der Humboldt-Universität dokumentiert. Die Zusammensetzung der PodiumsteilnehmerInnen spiegelt die in unterschiedlichen Strömungen der politischen Opposition in Ostdeutschland vorhandene Besorgnis ob des staatsoffiziell praktizierten Umgangs mit der DDR-Vergangenheit und einer ihrer geronnenen Formen - den Akten der Staatssicherheit - wider.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
c/o StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 2261/62/63, Uni-Fax 209 325
Verantwortlich: Peer Pasternack
Special: 1.- DM
Einzelheft 5.- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 3.- DM) Jahresabo (12 Ausgaben) 55.- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 33.-)
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und Leserbriefen wird ermuntert.

hochschule politisch- akademisches journal aus ostdeutschland

ost

INHALT

Brief der Gauck-Behörde vom 1.2.1991	S. 5
Brief der Gauck-Behörde vom 25.11.1991	S. 6
Erklärung von Prof. Heinrich Fink vom 26.11.1991	S. 8
Beschluß des Senats der Humboldt-Universität vom 26.11.1991	S. 11
Beschlüsse des Konzils der Humboldt-Universität vom 29.11.1991	S. 12
Podiumsdiskussion in der Humboldt-Universität am 28.11.1991 (Auszüge)	S. 13

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes

Postfach 124 · O-1130 Berlin

Rektor der Humboldt-Universität Berlin
Herrn Prof. Dr. sc. theol. Heinrich Fink
Unter den Linden 6

O - 1086 Berlin

Geschäftszeichen
Tgb.-Nr. 1868/90-Gi

Fernruf
229 23 39

Datum
1.2.1991

Betreff: Personenbezogene Unterlagen des ehemaligen Staats-
sicherheitsdienstes
hier: Auskunft an Betroffene

Bezug: Ihr Schreiben vom 13. Dezember 1990

Sehr geehrter Herr Professor Fink,

auf Ihren Antrag erteile ich Ihnen zu Zwecken der Abwehr einer gegenwärtigen oder drohenden Verletzung Ihres Persönlichkeitsrechtes Auskunft aus den personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes.

Diese Auskunft steht unter dem Vorbehalt, daß nur die durch archivische Hilfsmittel bereits erschlossenen Unterlagen zur Verfügung stehen.

Aus den überprüften Unterlagen haben sich aufgrund der von Ihnen eingereichten Daten

Prof. Dr. sc. theol. Heinrich Fink, PKZ 310335 4 30158

keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben.

Ich weise Sie darauf hin, daß diese Informationen nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 nur für den o. g. Zweck verwendet werden dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Ludwig)

Dienstgebäude
Berlin-Mitte
Schrenkstraße 14-16
(Ecke Olinkestraße)

DER SONDERBEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG

für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes

Eingegangen: 25.11.91 / 14:50 Uhr } 25.11.

Der Sonderbeauftragte - Postfach 1199 - O-1088 Berlin

Vertrauliche Personalsache
Herrn Veit
Sonatsverwaltung für
Wissenschaft und Forschung
Ref. II F
Bredtschneiderstr. 5

W - 1000 Berlin 19

*Bitte H. Fink für eine Unterredung
bei mir zu einem Termin einladen.*



ihre Zeichen, ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben:
Ihrer Zeichen, unsere Nachricht vom
Tgb.-Nr. 6019/91/Pf/Nbst.
AU 3

Telefon
030 2 92 4300
030 2 29 2339

Berlin
25.11.1991

Betreff: Personenbezogene Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes
Hier: Nutzung durch zuständige Stellen

Bezug: Ihr Auskunftersuchen vom 24.04.1991

In Ihrem Bezugsschreiben baten Sie zur Feststellung einer offiziellen oder inoffiziellen Tätigkeit für das ehemalige MfS/AFNS - und zwar für die Weiterverwendung von Personen im öffentlichen Dienst - mit Kenntnis der (des) Betroffenen um Überprüfung der folgenden Person(en):

Name: Prof. Fink, Heinrich
Geb.-Datum/PKZ: 31.03.1935

Die Nutzung der Daten kann durch Auskunftserteilung erfolgen.

Die Auskunft steht unter dem Vorbehalt, daß nur die durch archivische Hilfsmittel bereits erschlossenen Unterlagen zur Verfügung stehen.

Aus den überprüften Unterlagen haben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben.

Herr Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen "Heiner" tätig gewesen.

- 2 - Prof. Fink, Heinrich
Geb.-Datum: 31.03.1935

Der Leiter der Kirchenabteilung des MfS, der HA (Hauptabteilung) XX/ bestätigte am 04.12.1989 eine Löschung des IM-Vorganges "Heiner", so daß z. Z. weiteres Beweismaterial nur durch Rückschlüsse und auf der Grundlage eines ebenfalls aufgefundenen Jahresarbeitsplanes geliefert werden kann.

Daß Herr Fink tatsächlich für die HA XX/4 erfaßt war, wird durch ein Schreiben des Ministerstellvertreters, General Mittag, an die Bezirk verwaltungen aus dem Jahre 1984 bestätigt.

Die Registriernummer auf der Löschanweisung ist darüber hinaus mit d geschwärzten auf der Namenskarte von Herrn Fink identisch. Die IM-Ak umfaßte fünf Bände.

Die Übermittlung steht unter der Auflage, daß die übermittelten Daten in besondere Beisakten zu nehmen sind, soweit nicht aus der Art des Verfahrens eine andere Sachbehandlung zwingend geboten ist.

Die Weitergabe der übermittelten Daten an andere Stellen ist vorbehaltlich dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes abzustimmen.

Abschließend bin ich gehalten, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß diese Informationen nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 nur für den o. g. Zweck verwendet werden dürfen.

Im Auftrag

V. S.
Zettel

ERKLÄRUNG

Mir ist am 25. November 1991 um 19.30 Uhr durch den Senator für Wissenschaft und Forschung ein Schreiben der Gauck-Behörde vom 25. 11. 1991 zur Kenntnis gebracht worden, in dem es heißt, "Prof. Fink ist seit 1969 als inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit unter dem Decknamen "Heiner" tätig gewesen". Ich habe hierzu gegenüber Herrn Senator Erhardt erklärt und wiederhole dies hiermit gegenüber der Öffentlichkeit:

Ich habe mir keinerlei Zusammenarbeit mit der Stasi im Sinne des Schreibens der Gauck-Behörde vorzuwerfen. Dies ist für mich wie eine eidesstattliche Erklärung. Ich muß davon ausgehen, daß es sich bei diesem Schreiben der Gauck-Behörde um das Ergebnis einer politisch motivierten Manipulation handelt, die mit der anstehenden Wahl des Rektors der Humboldt-Universität nicht ohne Grund zeitlich zusammenfällt. Ich werde gegen diesen Versuch eines Rufmordes mit allen hierfür gegebenen Rechtsmitteln vorgehen.

Ich erwarte, daß mir umgehend Einsicht in die Unterlagen gegeben wird, auf die sich der erhobene Vorwurf stützt.

Das Schreiben der Gauck-Behörde benennt drei vorgebliche Sachverhalte, um den Vorwurf der Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst zu belegen:

- Eine "Bestätigung" des Leiters der Kirchenabteilung des MfS über die Löschung eines "IM-Vorganges Heiner".

Ich verlange, daß mir diese "Bestätigung" einer angeblichen Zusammenarbeit vorgelegt wird.

- Ein Schreiben des Ministerstellvertreters General Mittag an die Bezirksverwaltung aus dem Jahre 1984, in dem dieser bestätigt haben soll, daß ich für das MfS "erfaßt" war.

Ich verlange Vorlage dieses Schreibens.

- Die Tatsache, daß die Registrier-Nummer auf der "Löschanweisung" mit der Namenskarte von Herrn Fink identisch sei.

Ich verlange umgehend Vorlage der Namenskarte und dieser "Löschanweisung".

Ich habe die Forderung, mir die vorgenann-

ten Papiere zur Kenntnis zu geben, bereits am 25. 11. 1991 gegenüber Herrn Senator Erhardt geäußert, als er mir den Brief der Gauck-Behörde persönlich ausgehändigt hat. Es entspricht meinem Verständnis von einem rechtsstaatlichen Verfahren und von den Pflichten des Dienstherrn, daß wie immer geartete rechtliche Maßnahmen gegen einen Beschuldigten erst dann ergriffen werden können, wenn diesem die Gelegenheit gegeben worden ist, das als Beweis geltende Material zu sehen und zu den erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Mir ist demgegenüber heute, am 26. 11., auf lediglich indirekte Weise bekannt geworden, daß der Senator für Wissenschaft und Forschung für heute Mittag eine Sitzung der Personalkommission der HUB einberufen hat, um personalrechtliche Maßnahmen gegen mich zu veranlassen. Der getroffenen Entscheidung liegt nur der Brief der Gauck-Behörde zugrunde, also keinerlei Akteneinsicht.

Ich erkläre hiermit gegenüber der Öffentlichkeit, daß ich gegen diese meine Stellung als Rektor der Humboldt-Universität beinträchtigende Entscheidung der Personalkommission Rechtsmittel einlegen werde. Ich habe mit der Wahrnehmung meiner Interessen Herrn Rechtsanwalt Seibold beauftragt.

Zur politischen Würdigung des Gesamtvorganges nehme ich wie folgt Stellung:

Ich sehe in dem Schreiben und in der Verwendung des Schreibens der Gauck-Behörde den Höhepunkt einer gegen mich geführten Kampagne, in der es darum geht, auch mein Bemühen um eigenständige demokratische Entwicklungen auf dem Gebiete der ehemaligen DDR und damit auch eine eigenverantwortliche Aufarbeitung der Vergangenheit an der HUB zu verhindern. Dabei machen sich diejenigen, die diese Kampagne führen, bewußt die Unkenntnis der Bürger der alten Bundesländer über die tatsächlichen Verhältnisse in der ehemaligen DDR zunutze. Leider er-

halten sie dabei Unterstützung von Kräften aus der Gesellschaft der ehemaligen DDR, die hoffen, als Ankläger sich der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit entziehen zu können.

Ich bin 10 Jahre Direktor der Sektion Theologie der HUB gewesen. Wie jeder Sektionsdirektor an dieser Universität, wie jeder verantwortliche Leiter eines Bereiches von nur einiger Bedeutung in der ehemaligen DDR, hatte ich zwangsläufig Kontakte mit der Staatssicherheit. Ich hatte, wie jeder Amtsträger, in vielfacher Hinsicht gegenüber der Staatssicherheit mich zu rechtfertigen. Diese aus der Amtsfunktion heraus selbstverständlichen Kontakte mit der Stasi waren in meinem Falle in erheblichem Umfang konfliktvoll:

Ich habe als engagierter Hochschullehrer mich stets für meine Theologie-Studenten eingesetzt und bin dadurch bereits 1965 zum ersten Male während eines Ernteeinsatzes in der Nähe von Neubrandenburg einem Staatssicherheitsverhör "zugeführt" worden, weil Studenten abends in der Gaststätte gesungen haben "Auf der Mauer, auf der Mauer sitzt 'ne kleine Wanze...". Die Zuführung erfolgte in der Kissingerstraße in Pankow.

Ich versuchte damals, den Sachverhalt zu klären. Es sind mir aber keinerlei Angebote einer Mitarbeit gemacht worden.

Eine weitere Zuführung erfolgte 1967, als der Student Stefan Scheidacker, der sich öffentlich gegen die DDR-Propaganda wandte, Israel sei die Speerspitze des Imperialismus, exmatrikuliert werden sollte. Ich habe den Befragenden im Direktorat für Erziehung und Ausbildung, unter Leitung von Prof. Maetzing, erklärt, daß ich meine Lehrtätigkeit an der Universität aufgeben werde, wenn auch nur ein Student wegen der Beurteilung Israels deswegen exmatrikuliert werden würde. Seitdem wurde mir wiederholt der Vorwurf gemacht, eine zionistische Position zu haben.

Sowohl in meiner Dienststelle wie auch in der Kreisleitung der SED wurde ich zu meiner Einstellung zu Israel und Zionismus befragt, die ich in keiner Weise deshalb modifiziert habe.

Ich versichere hier an dieser Stelle, niemals Auskunft über Personen gegeben zu haben. Ich habe mich öffentlich ständig weiterhin gegen die in der ehemaligen DDR geübte aggressive Ignoranz in Sachen Staat Israel und Zionismus verwahrt.

Meine Aktivitäten zur Rekonstruktion und Pflege jüdischer Friedhöfe standen ständig unter Bewachung. Theologie-Studenten wurden besonders im Jahre 1988 wegen ihrer engagierten Tätigkeit auf dem Friedhof Adas Isroel und ihrer Kontakte zu israelischen Bürgern aufgesucht und befragt.

Zu meiner Aktivität als Direktor der Sektion Theologie gehörte die Vorbereitung von 9 ökumenischen Symposien unter großer internationaler Beteiligung aus Lateinamerika, Afrika und fast aller europäischen Staaten. Ich wurde ständig als Veranstalter vorher und hinterher von den Sicherheitsbeauftragten der Universität befragt.

Auflagen habe ich nicht akzeptiert. Unter besonderer politischer Beobachtung stand unsere interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeitsgruppe zur Integration homosexueller Bürger. Ich bin in der jahrelangen Arbeit nicht einmal um Auskunft über Personen angegangen worden.

Keine dieser Bemerkungen gilt als Rechtfertigung, sondern beschreibt die Selbstverständlichkeit, daß jeder engagierte Christ in der DDR die Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane auf sich gezogen hat. Daraus eine Mitarbeit abzuleiten, halte ich für eine nachträgliche Diskriminierung meines Engagements als Christ und Theologe.

Ich gehe davon aus, daß durch Beobachtung dieser Vorgänge Akten von erheblichem Umfang bei der Staatssicherheit zu meiner Person entstanden sind. Wenn diese Akten vernichtet worden sein sollten, so behindert das allerdings meine Möglichkeit, das, was ich wirklich getan habe, und das, was mir unterstellt wird, auf der Grundlage einer Aktenlage zu beweisen.

Aus dieser Schwierigkeit einer Verteidigung allerdings das Recht zu ehrevernichtenden Beschuldigungen herzuleiten,

empfinde ich als eine totalitäre Methode. Ich bin überzeugt, daß die mir gegenüber praktizierte Handhabung von Vermutungen als Beweise in einem Rechtsstaat nicht akzeptiert werden können.

Ich bin überzeugt, daß es für unser zu gewinnendes Verständnis von Demokratie wichtig ist, daß dieser wie auf Denunziation beruhende Vorgang auf dem Rechtsweg geklärt wird.

Daß angeblich über mich existierende Akten vernichtet worden sind, ist mir gegenüber bereits seit einem Jahr wiederholt mit erpresserischem Unterton geäußert worden. Das ist öffentlich bekannt. Für mich ist nach wie vor das Schreiben der Gauck-Behörde von Februar 1991 verbindlich, in dem mitgeteilt wird, daß aus den vorhandenen, also einsehbaren Akten, "keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst sich ergeben haben."

Nunmehr, vor der Neuwahl der universitätsleitenden Gremien und des Rektors wird eine Vermutung, die sich auf Stichworte und nicht auf inhaltliche Aussagen bezieht, von der Gauck-Behörde in die mich nunmehr belastende Behauptung einer "informellen Mitarbeit" erhoben. Daß aber der wesentliche Inhalt des nunmehrigen Schreibens der Gauck-Behörde (Deckname "Heiner") bereits an die Öffentlichkeit lanciert wurde (siehe Artikel in der "Zeit" und der "Welt" vom 22. und 23. November 1991), bevor der Brief mir durch den Senator ausgehändigt wurde, läßt mich an der Rechtmäßigkeit dieses Vorganges zweifeln. Ich kann nur jede und jeden Angehörigen dieser Universität bitten, sich nüchtern und sachkundig an der Klärung dieses Vorganges zu beteiligen, von dem ich meine, daß er hart in den Erneuerungsprozeß unserer Universität eingreift. So betrachtet, bietet dieser mich allerdings erschütternde Vorgang doch auch eine Chance, wenn er nämlich zum Anlaß genommen wird, die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, wo sie an den Umgang mit Stasi-Akten gebunden ist, nicht auf die Ebene von Interessengerangel geraten zu lassen.

Ich versichere noch einmal, daß ich mir keine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit im Sinne der Äußerungen der Gauck-Behörde vorzuwerfen habe.

Ich habe nichts zu verbergen. Ich bin bereit, in der Universitätsöffentlichkeit aus diesem Anlaß alle Aspekte meiner persönlichen Geschichte zu diskutieren, allerdings nicht auf der Ebene belastender Vermutungen, sondern unter Zugang zu den bis jetzt nur in Stichworten angeführten Akten, die der Gauck-Behörde zur Verfügung stehen.

Bisher habe ich von meiner fristlosen Kündigung nur durch die Presse erfahren. Ich fühle mich von meinem am 3. Mai 1990 durch demokratische Wahl offiziell übertragenen Amt des Rektors nicht entbunden. Ich werde mich der Verpflichtung dieses Amtes stellen, solange ich nicht im Ergebnis eines ordentlichen Gerichtsverfahrens dieser Verpflichtung enthoben werde.

Ich danke für Ihr Vertrauen

Heinrich Fink

Humboldt-Universität zu Berlin
Akademischer Senat

Sondersitzung am 26.11.1991

Beschluß

1. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin verurteilt entschieden die nicht rechtsstaatliche Praxis des Senators für Wissenschaft und Forschung, fristlose Kündigungen auszusprechen und bezieht sich dabei ausdrücklich auf das gegenüber dem Rektor praktizierte Verfahren.
2. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin stellt sich voll hinter das Wirken Prof. Heinrich Finks als Rektor dieser Universität. Das Vertrauen in die persönliche Integrität von Rektor Fink ist für den Akademischen Senat durch das Schreiben des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes vom 25.11.1991 nicht in Frage gestellt.
3. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin, die Prorektoren und alle anderen Selbstverwaltungsgremien werden alle Kraft einsetzen, um den eingeschlagenen Weg, der durch diese Gremien und diesen Rektor begonnen wurde, fortzusetzen.
4. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt, daß die Wahlen zum Senat und Konzil erst stattfinden, wenn die Vorwürfe gegen den Rektor gerichtlich überprüft worden sind.

"Wir halten auch nach der Anhörung von Herrn Gauck und Dr. Geiger die fristlose Entlassung des Rektors für vorläufig und ungestützt. Wir fordern den Senator für Wissenschaft und Forschung auf, anstelle der Entlassung von Herrn Fink die Prüfung der gegen ihn vorliegenden Vorwürfe durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission (Senatsverwaltung und Universität) zu veranlassen. Bis zur Klärung bitten wir den Rektor im Amt zu bleiben."

(angenommen mit 83 gegen 8 Stimmen bei 10 Enthaltungen)

"Das Konzil kritisiert den Beschluß des Akademischen Senats vom 26.11.1991 im Punkt 4["Der Akademische Senat der HUB beschließt, daß die Wahlen zum Senat und Konzil erst stattfinden, wenn die Vorwürfe gegen den Rektor gerichtlich überprüft sind."]und stellt hiermit den Antrag, diesen Punkt zu modifizieren. Es liegt im Mantelgesetz ein klarer Auftrag des Gesetzgebers vor, 1991 an der Humboldt-Universität zu Berlin die Selbstverwaltungsgremien Konzil und Senat zu wählen. Nach 8 Abs. 1 der HWahlVO ist der Vorgang der Wahl bis zum Ende der Vorlesungszeit abzuschließen.

Eine Aussetzung der Wahlen über diesen Zeitpunkt hinaus bedeutet eine schwerwiegende Bedrohung der möglichen Selbstverwaltung der Humboldt-Universität mit unabsehbaren Weiterungen.

Da eine gerichtliche Prüfung der Vorwürfe gegen den Rektor bis zum Semesterende als unwahrscheinlich anzusehen ist, wird beantragt, die Wahlen fristgemäß durchzuführen. Im Interesse der Chancengleichheit der Kandidaten und des Abbaus der gegenwärtig überwiegend emotionalen Beurteilungen ist eine Verschiebung des Wahltermins innerhalb der gesetzlichen Frist sinnvoll."

(angenommen mit 83 gegen 10 Stimmen bei 10 Enthaltungen)

Zwischen

"Ich bekenne mich zur DDR"

Heinrich Fink

und

"Es ist schlimm, daß man nichtmal seine Meinung hier sagen darf"

Joachim Kretschfeld

Über den Umgang mit unserer Vergangenheit

Podiumsdiskussion am 28. November 1991 in der
Humboldt-Universität

Mit

R. Bahro, D. Dahn, Chr. Hein, S. Heym, G. Krusche,
J. Reich, K. Reichel, W. Romberg, Chr. Wolf, G. Wolf
-Auszüge-

StuRa HUB

Wir wollen über den deutsch-deutschen Umgang mit unserer problembehafteten DDR-Geschichte diskutieren. Das Ministerium für Staatssicherheit mit seinen Mitarbeitern ist sicher darin ein ganz sensibler Punkt.

Wichtig in der Diskussion erscheint uns, daß es heute in diesem Saal nur gleichberechtigte Meinungen gibt. Wir werden *miteinander* diskutieren. Ich bitte aber zu verstehen, daß wir für die Form der Veranstaltung einen äußeren Rahmen im folgenden Ablauf vorschlagen, daß unsere Gesprächspartner ein Statement abgeben zur Problematik und wir danach Meinungen aus dem Publikum erwarten.

Ich möchte zunächst unsere Gäste vorstellen: Christoph Hein, Schriftsteller, Christa Wolf, Schriftstellerin, Walter Romberg, Abgeordneter des Europa-Parlaments und ehemaliger Finanzminister der DDR, Günther Krusche, Generalsuperintendent der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Daniela Dahn, Schriftstellerin, Käthe Reichel, Schauspielerin, Rudolf Bahro, Philosoph, Stefan Heym, Schriftsteller, Gerhard Wolf, Schriftsteller und Jens Reich vom Neuen Forum.

Christoph Hein:

Ich möchte Ihnen einen Brief verlesen, den ich heute nachmittag im Senat abgegeben habe, und zwar an zwei Senatoren. Der Brief ist gleichlautend an beide gegangen, und zwar ging er an die Senatoren Frau Dr. Bergmann und Herrn Krüger, die Ihnen sicherlich seit dem Herbst '89 bekannt sind. Der Wortlaut des Briefes:

»Ich fordere Sie auf, gegen die fristlose Kündigung des Rektors der Humboldt-Universität Berlin, Heinrich Fink, durch den Wissenschaftssenator Erhardt zu protestieren und sich im Senat für die sofortige Rücknahme dieser skandalösen Entscheidung einzusetzen. Da es keinen Beweis für die gegen Heinrich Fink erhobenen Vorwürfe gibt, kann diese Kündigung nur als Reaktion auf die dem Senat unbecommene und engagierte Haltung des

Rektors verstanden werden und als Drohung gegenüber anderen kritischen Menschen, die sich nicht als willfährig erweisen.

In Ihrem Amt haben Sie eine besondere Verantwortung, die Demokratie dieses Landes zu schützen, die durch solche Vorgänge schwer beschädigt wird. Lassen Sie es nicht zu, daß die Staatssicherheit nach dem Ende der DDR indirekt weiterwirken und sogar größere Erfolge verzeichnen darf, als bis zum Herbst 1989.

Wenn in einem der wichtigsten Medien unseres Landes, wenn in der Nachrichtensendung der ARD zu dieser Maßregelung der ungeheure Kommentar gegeben wird: Es sieht schlecht für den Rektor Fink aus, denn die Akten, die ihn belasten, wurden gelöscht, wird der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt, unsere Demokratie wird weiter ausgehöhlt und bekommt das Gesicht eines McCarthy.

Protestieren Sie, und wenn Ihr Protest erfolglos bleiben sollte, bitte ich Sie zurückzutreten. Ich bitte Sie um Ihretwillen, wenn Sie sich weiterhin als nicht willfährig erweisen würden, wird man eines Tages auch gegen Sie mit einem ominösen Decknamen und einem leeren Aktendeckel als Beweise Ihrer Schuld vorgehen.«

Ich will noch hinzufügen, daß ich noch den morgigen Tag abwarten will, ob der Senat bis dahin andere Beweise vorlegen wird. Falls dies nicht erfolgt, werde ich mich als einer der Präsidenten der internationalen Erich-Fried-Gesellschaft an die internationale akademische Weltöffentlichkeit wenden. Ich denke, dann sollten wir die Geschicke der Institutionen in der ehemaligen DDR, in Ostdeutschland, nicht allein den Westdeutschen überlassen. Dann brauchen wir internationale Hilfe.

Christa Wolf:

Ich muß nur sagen, daß mich auch, eben ähnlich wie Christoph Hein, zwei Punkte beunruhigen an diesem Vorgang und an ähnlichen Vorgängen. Der erste Punkt ist der, daß ich auch den Eindruck habe, daß die Stasi die größten Erfolge jetzt zu ver-

zeichnen hat, und daß sie immer noch, oder jetzt erst recht bestimmen kann, wer verdächtigt wird, wer sozusagen raus ist aus der Verdächtigung und warum und wann jemand verdächtigt wird. Das ist ein so beunruhigendes Symptom, das ich eigentlich nicht verstehe, wenn dahinter nicht andere Gründe stehen, warum verantwortliche Politiker das nicht sehen. Das zweite ist eigentlich eine Groteske, daß nichts einen so sehr belasten kann, wie verschwundene Akten. Dies ist etwas, das man sich vielleicht auch bei der Gauck-Behörde überlegen sollte. Und etwas anderes, positives möchte ich sagen, daß für mich ein Eid von einem Menschen wie Professor Fink etwas sehr Schwerwiegendes ist, jedenfalls schwerwiegender als eine geschwärzte oder entschwärzte Zahl auf einer verschwundenen Akte.

Walter Romberg:

Ich kriege Angst um den deutschen Vereinigungsprozeß. Ich denke, die Zukunft ist offen. Sie ist sehr offen und wenn ich richtig sehe, auch von meinen Erfahrungen als Europa-Abgeordneter her, dann gibt es zwei Elemente, die die europäische Zukunft bestimmen werden; und von beiden wissen wir nicht, wie sie sich entwickeln werden.

Das eine sind die Vorgänge, Prozesse, die in ihrer Reichweite nicht ausmeßbaren Entwicklungen in der bisherigen Sowjetunion. Das zweite ist der deutsche Prozeß, der auch in seinen Konsequenzen, denke ich, nicht abschätzbar ist. Ich will nicht auf die Wirtschaftsfragen eingehen, die eigentlich das Ressort sind, mit dem ich mich jetzt beschäftige. Man kann eine Menge sagen über schwache Investitionstätigkeit, Probleme der wachsenden Beschäftigungslosigkeit hier, alles das, was auf uns zukommen wird. Aber Entscheidendes wird davon abhängen, ob die Deutschen von beiden Seiten miteinander wirklich ins Gespräch kommen. Wenn hier nicht ein Minimalkonsens entsteht - und im Augenblick ist die Entwicklung gerade entgegengesetzt - dann wird dieser Prozeß nicht gelingen. Ich denke, das, was hier, jetzt, in diesem Augenblick, an dieser Universität passiert, ist etwas, was genau diesen Dialog

zerstören kann.

Es geht darum, daß wir nicht durch Finanzbeamte und Verwaltungsjuristen und von juristischen Positionen her - und das habe ich als Finanzminister ja selbst durchexerziert - unser zukünftiges Miteinander bestimmen lassen, sondern dadurch, daß wir wirklich im Gespräch uns gegenseitig stellen, daß wir uns gegenseitig fragwürdig verstehen, im besten Sinne des Wortes. Und ich hoffe, daß das, was wir hier heute miteinander tun und was auch aus diesen Tagen dann wächst, dazu beitragen wird, daß wir Deutsche auf beiden Seiten noch einmal neu ansetzen und versuchen miteinander zu reden. Wenn dies nicht passiert, denke ich, werden nicht nur wir, sondern auch unsere Nachbarn in Ost und West eines Tages vor einer Entwicklung stehen, die anders ist, ganz anders, als wir alle es uns für Europa gewünscht haben.

Günther Krusche:

Ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Ich bin hier, weil ich mich gern zu Heiner Fink stellen möchte. Heiner Fink, ja. Wenn wir abgekürzt geredet haben, haben wir immer einen besonderen Namen für ihn gehabt, nämlich Heiner.

Und dann möchte ich noch ein paar Gedanken anfügen. Zum ersten: Ich denke wir sollten immer auf Menschen blicken unter dem Aspekt des Vertrauens. Das, was jetzt passiert in unserem Lande, ist, daß auf jeden x-beliebigen aus der Perspektive des Mißtrauens geblickt wird, und in meiner Bibel steht zum Beispiel: »An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen«, aber nicht: »An ihren Akten sollt ihr sie erkennen«. Damit bin ich bei einem Punkt, der mich ungeheuer belastet, nämlich die Eintragungen in einer Kartei, von der wir nur ahnen können, unter welchen Bedingungen sie entstanden ist, oft mehr gelten, ja meistens mehr gelten sollen, als die Worte des Menschen, der uns gegenüber steht.

Und ich denke, daß wir wieder auf die Basis des Vertrauens zurückkehren sollten, indem wir uns gegenseitig erzählen, was wir uns wert sind und wie wir uns sehen, gerade auch im Hinblick auf die vergangenen Jahre.

Damit habe ich aber auch gesagt, daß ich

durchaus der Meinung bin, daß wir unsere Vergangenheit aufarbeiten sollen. Ich denke, das müssen wir. Und dies geschieht dadurch, daß wir uns erzählen, wie es gewesen ist. Aber nicht dadurch, daß wir in einer Atmosphäre der Angst leben, die ja nun verbreitet wird, weil sich jeder fragt: »Bin ich vielleicht der nächste, über den es noch viele leere Aktendeckel oder auch gefüllte gibt?« Wir müssen uns in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens sagen, wie es war. Und da wissen wir doch: die Allgegenwart des Staatssicherheitsdienstes war gegeben. Wir wissen, daß es viele verschiedene Arten der Abstufung gab, wie man uns abgetastet und abgehört hat. Man weiß auch, daß manche Leute, wohlmeinend, sich eingelassen haben auf das Spiel. Auch hier gilt, glaube ich, daß die Taten mehr wiegen als einige Aktenvermerke.

Wofür ich also plädiere, und das wäre mein ganz großes Anliegen für die Diskussion hier: Laßt uns uns gegenseitig fragen, in aller Wahrheit und Wahrhaftigkeit, aber auch mit Vertrauen, und nicht das Mißtrauen, das in diesem Fall schon besteht, noch vertiefen, indem wir ungeprüfte Vorwürfe einfach übernehmen.

Daniela Dahn:

Es ist inzwischen schon einiges gesagt worden. Ich will sagen, daß wir damals, während unserer Untersuchungen desöfteren auch mit dem Bürgerkomitee zur Auflösung der Stasi-Akten zusammengearbeitet haben und immer den Eindruck hatten, daß wir dieselben Ziele verfolgen. Inzwischen verstärkt sich bei mir aber doch der Eindruck, daß die Gauck-Behörde zunehmend zu einem Zulieferbetrieb für regierungsamtliche Behörden degradiert wird.

Es muß schon verwundern, daß diese Behörde sich nicht auf die hauptamtlichen ehemaligen Mitarbeiter dieses Ministeriums konzentriert, auf die Führungsoffiziere, auf all die, die sich damals diese perverse Sicherheitsdoktrin ausgedacht haben, sondern daß es offenbar nichts wichtigeres gibt, als fragliche inoffizielle Mitarbeiter zu enttarnen. Auch das muß natürlich sein, wenn man es beweisen kann,

aber in der Politik ist es auch eine Frage von Prioritäten. Die aus der Bürgerbewegung gewachsene Behörde kann nicht ein neutraler Zulieferer für Stasi-Halbwahrheiten und Aktennummern sein, ohne sich für die menschlichen, arbeitsrechtlichen und politischen Folgen dieser Art von Informationstätigkeit verantwortlich zu fühlen.

Wir haben uns in unserer Kommission immer um einen demokratischen Umgang mit Schuld bemüht; und ich denke, man kann verlangen, daß Informationen aus der Gauck-Behörde erst dann zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen führen dürfen und auch zu Veröffentlichung in den Medien, wenn die Schuld bewiesen ist. Es kann nicht sein, daß immer mehr Menschen in diesem Land Prozesse führen müssen, um ihre Unschuld zu beweisen.

Käthe Reichel:

Viele Leute, die hier heute sitzen, haben am 15. Januar 1990 um 17.00 Uhr die Stasi gestürmt. Ich auch. Als Bärbel Bohley mir dann vor einem Jahr ungefähr sagte: »Wir hätten damals Benzin mitnehmen sollen«, hab ich sie - damals - nicht verstanden. Noch nicht verstanden. Seit gestern ist das anders. Und darum wende ich mich heute, abend an die Weltöffentlichkeit, weil mein Vertrauen in die Mediendemokratie im Laufe von zwei Jahren Großdeutschland so erschöpft ist, und der sich Satz: »Wir sind vom Regen in die Jauche gekommen« sich in diesem Land zum Trinkspruch emanzipiert hat. Ich möchte ganz ausdrücklich die Weltöffentlichkeit vor der Innenpolitik, die in diesem Land jetzt waltet und angeschoben wird, warnen. Warum? Wenn wir uns an den Kopf fassen, wenn wir die Bilder von Jugoslawien sehen, und uns fragen: »Wie ist so ein Bruderkrieg, wie ist so eine Kain-und-Abel-Geschichte möglich«, dann ist die Antwort: »Gesäter, geschürter, gezielter, organisierter Haß.« Die unbewiesene Denunziation von staatswegen her gegen Professor Heinrich Fink hat jetzt einen Zorn in der Studentenschaft mobilisiert, der schon im nächsten Augenblick - denn das ist nur ein kleiner Schritt - in Wut und Haß umschlagen kann. Angesichts des allgemeinen, wachsenden Elend auf allen Ebenen in diesem Land, ist eine solche ge-

wollte Mobilmachung von Zorn ein amtlicher, nicht mehr zurechnungsfähiger Wahnsinn.

Rudolf Bahro:

Ich denke, es geht hier um weit mehr, als um die Person unseres Rektors: Es handelt sich um eine ordinäre politische Maßnahme. Heinrich Fink macht in einer freilich einigermaßen aussichtslosen Situation den ehrenhaften Versuch, im Übergang zu den neuen Verhältnissen die Würde dieser Universität zu wahren, indem er auf die Selbstreinigungskräfte in den Herzen ihrer Menschen setzt.

Und nun soll der mißliebige Mann, der noch dazu den Mißerfolg nicht scheut, weil ihm das lutherische »Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir« in den Ohren klingt, auf diese Weise von der Bewerbung um ein zweites Rektorat ausgeschlossen werden.

Soweit es auch innerhalb der Universität Kräfte gibt, die das begrüßen, mitspielen, mitbetreiben, so machen sie wohl in der Regel nach der Wende mit verändertem Vorzeichen weiter, wie vor der Wende. In anderen Fällen mag Kleingeisterei dazukommen, die nur an unmittelbare Interessen denkt und das Prinzipielle an Heinrich Finks Haltung als Rektor einfach nicht fassen will.

Es ist nicht gut für Deutschland und die Welt, wie mit dem Syndrom »Staatssicherheit« umgegangen wird, nämlich in einem umfassenden Abschiebe- und Verdrängungsmanöver nach dem Sündenbock-Verfahren, damit wir nichts gewesen sind, noch dazu in systematischem Absehen davon, daß es nach dem Hitler-Krieg in Westdeutschland das nicht gegeben hat, was jetzt hier praktiziert wird. Jeder Mensch, der in der DDR jemals Kommunist oder auch nur Parteimitglied gewesen ist - und ich bin jahrzehntelang beides gewesen -, und wer auch nur den schwächeren der beiden Nachkriegsstaaten bejaht hat, ist ursächlich mitverantwortlich für die Existenz dieses Unterdrückungsorgans. Daß man mal von dem verprügelt worden ist, nimmt einen noch lange nicht davon aus.

Jeder Staat hat so einen seiner ganzen Natur nach menschenfeindlichen Apparat,

und den der DDR habe auch ich - ein wenig spät - als immanente Widerlegung unseres ganzen emanzipatorischen Projekts begriffen. Nach den Kriterien, die hinter der offiziellen Intrige gegen Heinrich Fink stehen, werde ich wohl auch mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben, besonders während der neun Monate in Untersuchungshaft. Das war kein Witz. Ich war in einer bestimmten Phase aufgefordert, für jemanden »ganz oben« (mehr erfuhr ich natürlich nicht; ich sollte annehmen, etwa für Kurt Hager) einmal aufzuschreiben, wie ich mir denn über den Text meiner »Alternative« hinaus die Einleitung der von mir vorgeschlagenen reformkommunistischen Praxis vorstelle. Und ich habe so ein Papier geliefert, über den Tisch in die Hände des Vernehmungsoffiziers.

Und jetzt, was mir am wichtigsten ist: Die ganze vorherrschende Art und Weise, die DDR zu bewältigen, indem man es hier nicht gewesen ist und sich drüben aufgrund erlebter Demokratisierung Licht ohne Schatten zuschreibt; die macht nur dann Sinn, wenn man verdrängt, daß es die Schlacht von Stalingrad und daß es die Sowjetfahne auf dem deutschen Reichstagsgebäude und darum, mindestens darum die DDR hat geben müssen. Wenn der gescheiterte Versuch, in Ostdeutschland den Sozialismus aufzubauen, dennoch seine Notwendigkeit hatte - davon bin ich überzeugt -, dann hat dem eben entsprochen, wie ein Heinrich Fink »Kirche im Sozialismus« verstanden hat und verstehen mußte. Und ohne diesen Hintergrund kann man den Menschen und sein heutiges Verhalten nicht begreifen. Meins auch nicht.

Stefan Heym:

Vor langer Zeit war auch ich Student an dieser Universität: 1932. Im Jahr darauf mußte ich die Universität schon verlassen: Die Nazis hatten die Absicht, mich zu verhaften und ich ging ins Exil. Der damalige Rektor und die Mehrzahl der Professoren und Studenten beugten sich den neuen Herrschern und die Universität verkam zu einer Anstalt des Nationalsozialismus.

Dann, schon in DDR-Zeiten, kehrte ich zurück nach Berlin, geriet aber bald wieder in Schwierigkeiten mit der Behörde. Wann

immer Studenten mich einladen, an der Universität zu sprechen, wurde das hintertrieben. Einmal wäre es mir doch beinahe gelungen. Da las ich vor einem Dutzend Pädagogikstudenten: Kindermärchen, die ich geschrieben hatte. Aber nach zwanzig Minuten kam der Pedell des Heims, in dem die Sache stattfand, und jagte uns davon.

Jetzt sollte das anders werden. Jetzt soll es wieder Lehrfreiheit geben und Lernfreiheit an den Universitäten und: Demokratie. Und nicht länger sollen Regierungsbeamte bestimmen dürfen, was in den Hörsälen gesagt wird und wie es gesagt wird. Aber siehe: Da wird der Rektor auf einmal geschast. Er sei, heißt es, informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen.

Es ist richtig, daß frühere Mitarbeiter eines Vereins, wie der Staatssicherheit, nicht an die Spitze einer großen Universität gehören. Aber der Rektor *dieser* Universität, der Heinrich Fink, wird zu dem Vorwurf, den man gegen ihn erhebt, gar nicht erst befragt. Noch wird er unter Anklage gestellt, so daß er sich verteidigen könnte. Bevor er ein Wort sagen kann, ist er schon entlassen. Das System ist in allen Diktaturen verbreitet: Wozu Fragen stellen? Erstmal Kopf ab. Überschrift: »Der Rechtsstaat«.

All das geschieht auf der Grundlage eines Briefs an den Wissenschaftssenator von Berlin, eines Briefs von Herrn Joachim Gauck, dem Leiter der Behörde, welche die hinterlassenen Akten der Staatssicherheit verwaltet. Herr Gauck ist anscheinend des Glaubens, diese Akten enthielten ausschließlich Gottes eigenes Wort, und es sei ihnen blind zu vertrauen. Und er sagt, er habe da Hinweise gefunden. Hinweise - aber keine Beweise. Und habe Rückschlüsse geschlossen. Amen.

Ich war damals - die DDR lag in ihren letzten Zügen - Mitglied einer Kommission, die sich unter anderem mit dem Problem der Zukunft der Stasi-Akten befaßte. Es lag allen in dieser Kommission daran, daß niemand, keine Dienststelle und kein einzelner, Mißbrauch treiben könnte mit diesen Akten, und wir waren froh, daß die Volkskammer einen unbescholtenen Mann Gottes und der Bürgerbewegung -

eben den Herrn Gauck - zum Hüter der Akten bestimmte. Wer konnte ahnen, daß Herr Gauck selber seine Hand dem fahrlässigen Umgang mit diesen Akten leihen würde. Denn was dem Rektor Fink geschah, ist auch anderen schon geschehen. Ja, es sieht so aus, als stünde jedesmal, wenn die in Bonn oder Westberlin bei der Abwicklung einer relativ reputierlichen Institution der früheren DDR nicht recht vorankommen, eine entsprechende Akte aus den Gauckschen Vorräten zur Verfügung. Nicht aber dann, wenn es um die Entlarvung von Leuten aus dem geheimen Apparat geht, die sich um Wohl und Profit der neuen Herren des Landes verdient gemacht haben. Professor Fink mag kein Heiliger sein. Aber auch Professor Fink, wie alle Bürger, verdient Gerechtigkeit. Doch die Studenten dieser Universität verdienen, daß solche Konflikte, die in der Art von Politik beruhen, die heute getrieben wird, nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

Gerhard Wolf:

Wenn hier vorhin im Saal ein Spruchband auftauchte: »Wir lassen uns nicht fremdbestimmen«, dann glaube ich, daß das überhaupt die beste Lehre ist, für uns hier und für sie alle, um da einzustimmen. Denn da fühlt man sich ein bißchen wieder erinnert an die Tage, an die Stunden vom 4. November, wo viele von uns - und sie vielleicht auch - einander zum ersten Mal begegnet sind. Und deshalb, glaube ich, sind wir heute hier, und bekunden unsere Solidarität mit Fink und gegen diese Verhältnisse, die auf eine Weise einen Vorgang pauschalisieren wollen, der uns, glaube ich, am allermeisten stört. Es finden ja nicht vorher Auseinandersetzungen statt, es werden Urteile gefällt. Man will Leute hinausdrängen und wir wissen, woher das kommt.

Jens Reich:

Ich habe heute, als ich von dem Brief von Herrn Fink, dem offenen, erfahren habe, versucht, der Aufforderung, mächtigern und sachlich über diese Dinge nachzudenken, zu folgen.

Ich hab die Befürchtung, daß das Anliegen, unsere politische Öffentlichkeit von Informanten zu reinigen, Schaden nimmt und

zur Waffe im politischen Konkurrenzkampf wird. Ich will deutlich sagen, ich halte es für richtig, daß Spitzel des MfS keine führenden Stellungen in Politik und Öffentlichkeit einnehmen dürfen. Ich bin mir sicher, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung - also der Betroffenen in Ostdeutschland - genauso denkt. Es ist die Verfahrensform, die kritikwürdig ist. Bei der Feststellung *muß* der Betroffene Einfluß haben, er muß vorher gehört werden. Seine Darstellung zu den Sachverhalten gehört wie bei jedem rechtsstaatlichen Verfahren integral dazu.

Der Begriff des Spitzels, den ich so locker benutze, muß justitiabel definiert werden. Dazu gibt es aus den Zeiten der Volkskammer - und jetzt der Landtage - drei Kriterien: nämlich die Selbstverpflichtung zur Mitarbeit (schriftlich), die Vorteilsnahme oder Geldnahme und als drittes die Schädigung Dritter durch Informationen. Diese Kriterien dürfen nicht nur bürokratisch gehandhabt werden. Das muß inhaltlich festgestellt werden, ob sie erfüllt sind, und es muß festgelegt werden, welche Sachverhalte als Beweismittel zugelassen sind.

Wie, zum Beispiel, die Glaubwürdigkeit interner Berichte des MfS festzustellen ist - das kann nicht von Fall zu Fall nach Gutdünken entschieden werden. Es muß auch festgelegt werden durch ein nachprüfbares und einklagbares Verfahren, wann und wie die vorgesetzte Behörde von den Informationen des Sonderbeauftragten dienstrechtlichen Gebrauch machen kann. Das muß ein Verfahren sein, das wir alle kennen und in dem der Betroffene die Möglichkeit hat, sich zur Wehr zu setzen gegen die Anschuldigungen, richtigzustellen, seine Darstellung zu geben.

Wir hatten am Montag die Eröffnung des Studienjahres in feierlicher Form mit Rektor Fink, mit Elie Wiesel, mit dem Herrn Potter vom Weltkirchenrat und anderen und genau zur gleichen Zeit ist also dieses Schreiben eingegangen und ist die Amtsenthebung oder Entlassung - also selbst bei diesen Begriffen ist mir noch nicht klar, was da eigentlich stattgefunden hat - vorgenommen worden. Das Ganze steht im Zusammenhang mit Wahlen zum

nächsten Rektor. Meine Befürchtung ist, daß diese ganzen Unsicherheiten, die ich jetzt beschrieben habe, die juristischen und rechtstaatlichen Unsicherheiten des Umgangs mit dem Problem, ausgenutzt werden, um Vorteile in politischen Auseinandersetzungen zu erringen. Und das dürfen wir nicht zulassen.

StuRa HUB:

Der Anlaß unseres Zusammensein ist zweifelsohne Heinrich Fink. Heinrich Fink als ein Beispiel, ein Teil der DDR-Geschichte. Kommen wir deshalb jetzt weg von der Person Heinrich Fink und sprechen wir über das, was DDR-Geschichte heute sein muß. Wie wir damit umgehen. Man kann es nun natürlich nicht trennen von Personen, weil Geschichte sich immer an Personen klammert, aber versuchen wir über die Fragen zu diskutieren: Wie gehen wir um mit dem, was uns die DDR-Geschichte heute darstellt. Wir haben festgestellt, so, wie es im Augenblick ist, geht es nicht. Wir müssen demzufolge jetzt fragen: wie geht es besser, wie wollen wir es gerne machen.

Herr Krusche sprach von Vertrauen, andere sehen die Prioritäten in Akten, in Bürokratien, in Ämtern. Wir müssen aber hier diskutieren: Wie gehen wir mit Belasteten um, mit Beschuldigten. Welche Stellung in der Gesellschaft stehen wir wirklichen Mitarbeitern der Staatssicherheit zu. Juristisch wird immer wieder gesprochen, daß eine Stasi-Mitarbeit keine automatische Kündigung nach sich zieht. Es wird der Begriff der Zumutbarkeit einer weiteren Tätigkeit eingeführt, aber was ist denn »zumutbar« und wer soll über eine weitere Zumutbarkeit entscheiden? Das wollten wir als zweite Runde, in die das gesamte Auditorium mit einbezogen werden soll, beginnen. Wer möchte beginnen?

Rudolf Bahro:

Ich möchte glauben, daß das wichtigste ist, daß wir, die wir von hier sind, uns zur DDR bekennen, zu dem was *in uns* DDR ist. Davon hängt alles ab. Natürlich ist das für jemand, der älter ist, anders, als für jemand, der jünger ist. Die Gewichte sind verschieden, was davon in uns steckt. Aber das ist das erste.

Und das zweite ist: Ich glaube, daß es keinen guten Ausgang für ganz Deutschland nimmt, wenn der Prozeß der Kolonisierung der DDR nicht geistig gebrochen werden kann. Denn der Hintergrund dafür, daß das alles diese Formen annimmt jetzt, der ist der selbstverständliche und unbelebte Kolonialismus der westdeutschen Positionen. Was da ansteht von der anderen Seite her - und dann könnten wir vernünftig mit all dem, was hier sonst gesagt worden ist, umgehen -, das ist die geistige Anerkennung der DDR jetzt.

Günther Krusche:

Ich würde gern gleich noch einen Gedanken hinzufügen. Erkenntnisleitend, glaube ich, muß das Interesse sein, die Zukunft zu gewinnen. Wenn wir jetzt nicht nach vorne blicken, werden wir das nicht schaffen. Aber wir wissen und wir haben gelernt, daß man die Zukunft nur gewinnt, wenn man eben zu seiner Vergangenheit steht. Und es ist vorhin schon angeklungen, das möchte ich nochmal ganz stark unterstreichen (und vielleicht müssen wir das auch noch stärker unseren westdeutschen Gesprächspartnern sagen): Die deutsche Vergangenheit seit 1945 ist eben zweiteilig.

Und wer nur die eine Hälfte immer wieder im Munde führt, verschweigt etwas bzw. kann überhaupt nicht verstehen, wo wir uns heute befinden. Und deshalb, denke ich, müssen wir jetzt aus der etwas ängstlichen, defensiven Haltung der ehemaligen DDR-Bürger heraus, weil wir ja auch gar nicht dafür können, daß wir auf diese Seite geraten sind im Laufe der Geschichte, sondern wir müssen uns dazu bekennen und, ich sagte vorhin schon einmal, offen erzählen, wie es war. Und ich habe immer bei Gesprächen, auch vor der Vereinigung, mit westdeutschen Zuhörern gemerkt, daß vieles sehr analog war. Nur in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten. Und ehe wir nicht diese Über-Kreuz-Erkenntnis gewinnen, werden wir nicht vernünftig miteinander umgehen können.

Deshalb sage ich noch einmal, um der Zukunft willen bestreite ich, daß weiterhin die Notizen von Stasi-Leuten unser Gespräch bestimmen, sondern das Anliegen, die Zukunft zu gewinnen. Das heißt nicht,

daß wir zudecken. Im Gegenteil, wir müssen aufdecken. Aber in einem Geist ohne Angst und ohne Verdächtigungen. Das ist mein ganz großes Anliegen. Wir müssen das Gespräch führen, aber der Geist ist entscheidend, in dem wir das führen.

Heinrich Fink:

Ich würde auch gleich gerne daran anschließen. Ich denke, die Westdeutschen - ich sage das jetzt so abstrakt - sind zu einem großen Teil auch einfach hilflos. Ihre Stärke, die sie oft zeigen, und ihre Selbstsicherheit verbirgt eine Menge an Unsicherheit, wie sie selbst mit dieser Situation umgehen können. Wir sind hier stärker mit unseren Erfahrungen als wir uns das selbst eingestehen. Und wir müssen diese Erfahrung einbringen. Ich könnte von mir aus jetzt nicht mehr sagen.

Ich bekenne mich zur DDR. Ich habe gekämpft an vielen Stellen und gekämpft auch mit Methoden, die anders aussahen als vielleicht bei manchem anderen. Ich bin sehr verbunden gewesen mit den Leuten, die zum Beispiel Widerstand im Rahmen des zwanzigsten Juli geleistet haben. Und das sind andere Methoden zum Teil gewesen, als die, die vielleicht angewandt haben. Aber das will ich nicht ausführen.

Ich denke nur, wir müssen uns gegenseitig zum Gespräch fordern. Ich würde mir wünschen, z. B., daß diese Universität zwei westdeutsche Universitäten einlädt zu einem Gespräch. Warum nicht, z. B., eine Universität aus Essen und Frankfurt hier drei, vier Tage einladen und dann ein deutsch-deutsches Gespräch machen. Ich denke, wir sind dies einander schuldig. Und wir haben beide daraus zu lernen. Wir müssen uns gegenseitig helfen, aus Sackgassen, in denen wir uns zum Teil befinden, herauszukommen.

Ich denke, dies wird von uns abgefordert auch von den Europäern. Ich erlebe es zunehmend, daß Europäer im Osten oder im Westen sagen: »Warum unterhaltet Ihr Euch nicht untereinander über unsere Vergangenheit? Wir erwarten das von Euch und nur dann können wir auch unsere eigene Zukunft mitgestalten.«

StuRa HUB:

Es fiel das Wort Gespräch. Wir sagten eingangs, wir wollen ein Gespräch nicht des Podiums, sondern ein Gespräch dieses Saales.

Gisela Kraft:

Nur zwei kurze Gedanken von mir, die ich auf dem Weg notiert habe. Erstens: Merke: Das Moralische plus unsere Siegerdemokratie. Die Senatssicherheit wird Heinrich Fink weder verhaften noch ausweisen. Zweitens: Ich werde erinnert (obwohl ich damals noch nicht gelebt habe) an den Atheismus-Streit 1799 an der Universität Jena. Damals wurde ein Freigeist - nämlich Fichte - durch sogenannte Theologen des Amtes und der Stadt verwiesen. Heute soll ein Theologe durch angebliche Christen und freie Geister seines Amtes enthoben werden. Armes Deutschland. Du wirst immer enger. Wie eins und doppelt du dich auch gebärdest.

Studentin:

Ich bin Studentin an der Fakultät, also an der theologischen Fakultät, und möchte eigentlich zwei Dinge äußern, die mich ein bißchen beunruhigen. Das eine, denke ich, ich bin nicht die einzige, die in diesen Tagen erlebt hat, daß aus Freundeskreis und Bekanntenkreis Leute zur Staatssicherheit gehört haben, dafür gearbeitet haben, wovon wir es überhaupt - also ich - also überhaupt nicht erwartet und angenommen haben. Und ich glaube, daß genau hier das Problem liegt.

Und das andere, was ich sagen möchte, das mich auch befremdet: daß wir auf dem Podium Leute haben, die einhellig eine Meinung vertreten, so sehr das Herrn Fink den Rücken stärkt, vermisse ich zum Beispiel jemanden, der die Gauck-Behörde vertritt. Sollte es so sein, daß sie eingeladen gewesen sind, wäre es nett gewesen, das kundzutun.

StuRa HUB:

Also genau das wollten wir am Anfang nicht. Nämlich: wieder Eingeladene zu diskreditieren, indem wir sagen: »Sie sind nicht gekommen.« Aber da Ihre Frage so konkret kam: Wir hatten eingeladen Herrn Erhardt und wir hatten eingeladen Vertreter der Gauck-Behörde.

Studentin:

Ich kann nur sagen, daß ich allen sehr wünsche, daß sie im Recht sind, mit dem, was sie jetzt emotional äußern.

Jens Reich:

Ich kann durchaus Ihr Unbehagen verstehen, angesichts dessen, daß im Bekanntenkreis, Freundeskreis auf einmal Leute, die man geschätzt hat, als Spitzel der Stasi entlarvt werden. Aber ich bin nicht so sicher, daß wir hier oben alle einer Meinung sind. Ich glaube nicht, emotional gesprochen zu haben. Das, was ich da eingeklagt hatte, war Rechtsstaatlichkeit. Und da hoffe ich, daß wir das jenseits von rechts und links und von irgendwelchen Parteien, auch für dieses geeinte Deutschland durchsetzen können.

Ich meine auch nicht, daß wir vom Regen in die Jauche gekommen sind. Ich denke, es sind keine paradisiischen Zustände. Aber ich vergesse auch nicht den Staat, wo ich herkomme, und da war einiges sehr, sehr viel schlimmer. Ich werde jetzt nicht in Illusionen verfallen über den neuen Staat, aber diese Bemerkung, die Biermann damals vor fünfzehn ... achzehn Jahren machte, fand ich tatsächlich auch nur larmoyant. Und ich finde es empörend, daß er jetzt DDR-Bürgern, die teilweise in einer viel schlimmeren Situation als er sich damals befand, befanden, die ratlos sind, hilflos, daß er ihnen Larmoyanz vorwirft. Ich kenne außer dem Vorwurf, der immer wieder in der Presse erscheint, ich kenne keine Leute, die larmoyant sind. Ich kenne sehr viele, die ratlos sind und hilflos. Ich kenne einen Pfarrer der mir sagte, daß er gar nicht mehr vom Friedhof runterkommt, weil er so viel beerdigen muß - auch Selbstmörder. Aber Larmoyanz habe ich eigentlich nicht kennengelernt.

Und dann wollte ich noch etwas sagen, weil das angesprochen wurde, zu den Stasi-Spitzeln. Ich weiß nicht was man mit ihnen machen soll. Sicher ist es nicht ganz sinnvoll, sie in hohe Positionen zu bringen. Sie müssen nicht Minister, Ministerpräsident werden. Aber, ich denke, wir sollten mit ihnen menschlich verfahren. Wir sollten nicht so umgehen, wie sie mit einigen von uns umgegangen sind. Sonst werden wir nämlich keine Demokratie erreichen und das Karussell beginnt sich wieder zu

drehen. Und: vergessen wir nicht, in diesem Jahrhundert sind mehrere deutsche Staaten, die sich alle als irgendwie demokratisch bezeichneten, zusammengebrochen. Die DDR ist in diesem Jahrhundert nicht der erste deutsche Staat, der zusammenbrach.

Und als letztes eine Bemerkung, eine Bitte an sie: Ich weiß, daß der Anpassungsdruck an sie, auf sie, an uns alle sehr groß ist. Aber ich weiß auch, daß Anpassungsbereitschaft etwas menschliches ist. Aber denken sie daran, auch sie haben nur siebzig, wenn's hochkommt, achtzig Jahre zur Verfügung. Werfen sie Ihr Leben nicht weg für irgendeine Karriere oder für Millionen auf der Bank, die sie eigentlich nicht verantworten können mit Ihrem Leben. Denken sie daran, daß es etwas wichtigeres gibt, und wenn es nur eine Wende ist. Wie gesagt vier ... fünf Wendungen hatten wir schon.

Student:

Ich möchte zunächst noch zu dem bisherigen Thema etwas sagen. Mein Name ist Joachim Kretschfeld, Student der Theologie.

Ich bin bißchen erschrocken über die Glorifizierung von Herrn Doktor Fink in dieser ganzen Sitzung, die mir ein bißchen wie ein FDJ-Treffen vorkommt, wo jeder sich wahnsinnig hier mit Beifall ... ja, ich weiß - und ich finde es ein bißchen schlimm, was gestern auch zum Teil passiert ist, daß Kommilitonen, die anderer Meinung waren, in dieser Runde, Prügel angedroht wurde, sie als rechte Schweine bezeichnet wurden. Dafür gibt's Belege, Herr Doktor Fink, da brauchen sie nicht den Kopf schüteln. Ich sage nur, daß die großartige Bewegung der Studenten hier auch eine zweifelhafte Sache ist und was mir bei der ganzen, sehr emotional gemachten, Sache hier auffiel: Ich hätte mir sehr gewünscht, daß in den Zeiten, wo auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking, wo wir die Wahlkontrollen organisiert haben, daß da ein paar Akzente von der Humboldt-Uni oder von den Studenten, die jetzt hier so engagiert sind, gekommen wären. Mir ist die ganze Sache hier viel zu einheitlich, und es darf keine Kritik benannt werden.

Und wenn sie jetzt so oft betonen, daß

dieses Werk, das sie hier aufbauen, nicht zerstört werden soll, finde ich, hätten sie sagen sollen, daß zu dieser Zeit... - hielte ich es für sinnvoller, vorläufig zurückzutreten und die Prorektoren nicht darauf einzuschwören, daß sie auch zurücktreten, sobald sie zurücktreten. Damit wird die Humboldt-Uni nämlich unregierbar. Und dann kommt das, was sie nicht wollen, daß die Westler dann nämlich West-Direktoren reinsetzen werden.

Es ist schlimm, daß man nicht einmal seine Meinung hier sagen darf.

Daniela Dahn:

Ich bitte, daß wir auch Redner mit einer anderen Meinung ausreden lassen, sonst können wir solche Veranstaltungen nicht weiterführen.

Student:

Diese Ignoranz, die jetzt eben auch wieder deutlich wurde, ist das Erschreckende, was die Atmosphäre jetzt langsam hier anfängt zu prägen.

Christa Wolf:

Nachdem der Student jetzt gesprochen hat, wollte ich auch etwas sagen zu der Atmosphäre. Ich freue mich, daß es Heinrich Fink offensichtlich gelungen ist, in dem Jahr oder anderthalb Jahren seiner Amtszeit eine solche Welle von Solidarität bei seinen Studenten zu erzeugen. Das ist das eine - und diese Freude, das können sie mir glauben, ist ehrlich und spricht für seine Arbeit. Andererseits sollten sie alle wissen, daß kein Mensch durch Akklamation weder schuldig noch unschuldig wird und daß auch der größte und rasendste Beifall sein Leben nicht verändert. Das zeigt - und wahrscheinlich hat es auch eine Wirkung -, das zeigt, wie sie hinter ihm stehen.

Aber, wenn sie jemandem, der Zweifel anmeldet, oder der irgendeine Kritik äußern will, oder nur die Glorifizierung, die er zu sehen glaubt, vermindern will; wenn sie ihm das Wort abschneiden, dann wird damit das bewiesen, was gerne vielleicht der Wissenschaftssenat nachweisen möchte. Ich möchte davor warnen, auch dann, wenn die Emotionen sehr stark sind (und ich weiß, wie schwer es dann sein mag), so möchte ich sehr davor warnen, Zorn und den Wunsch, Solidarität zu beweisen, in irgendeine Rich-

tung in Haß oder auch nur in Intoleranz ausarten zu lassen.

Ich bin ziemlich sicher, daß das im Sinne von Heinrich Fink ist, wenn man sich tolerant verhält zu demjenigen, der auch total anderer Meinung ist und der vielleicht Ihnen gegenüber äußert: »Der Kerl muß weg.« Dann kann man ihm trotzdem nicht deshalb Prügel androhen.

Das ist das eine und das andere ist, daß ich auch sehr gut die Kommilitonin verstehe, die vorhin sagte, wie erschrocken sie darüber in den letzten Wochen oder Monaten gewesen ist, daß sie in ihrem Umkreis Leute als »IM«, Stasi-Spitzel oder Stasi-Mitarbeiter entlarvt habe oder entlarvt wurden, von denen sie es nie erwartet hat. Dieses Erschrecken verstehe ich sehr, ich teile es.

Und wenn ich sicherlich auch mehr darüber gewußt habe, als eine jüngere Kommilitonin, wie weit der Stasi-Apparat eingedrungen war in alle unsere Beziehungen, so muß ich sagen, daß doch das Ausmaß dessen noch größer ist, als ich es noch vor einem oder anderthalb Jahren selbst gedacht habe. Wie können wir damit umgehen? Es ist - sie wissen es - das Wort »Tribunal« gefallen. Von einigen, die heute hier nicht sind.

Übrigens, das möchte ich sagen: Ich hatte ganz fest damit gerechnet, daß hier auf dem Podium auch Westdeutsche sitzen würden. Ich hatte das eigentlich für sehr wichtig gehalten. Und natürlich Vertreter der Gauck-Behörde und des Senats, die nun eben auf Einladung nicht gekommen sind. Aber das hätte ich auch schon für sehr wichtig gehalten.

Aber: Wie können wir damit umgehen? Also, das Wort »Tribunal« hat in mir - und ich nehme an, auch in vielen anderen - einen psychologischen Widerstand erzeugt; hat aber andererseits dazu geführt, das Nachdenken über Formen des Umgangs mit unserer Vergangenheit und eben nicht nur mit der Stasi-Vergangenheit (denn das ist das allerschlimmste, daß die Vergangenheit der DDR-Bürger auf die Stasi reduziert wird), also mit unserer Vergangenheit umzugehen.

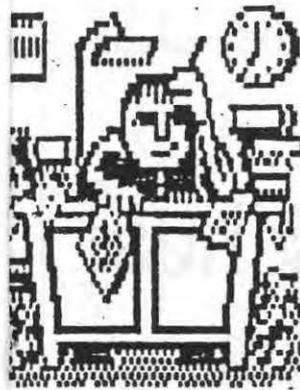
Und ich kenne ein solches Beispiel: In der

Akademie der Künste gibt es seit langem einen Gesprächskreis, in dem miteinander gesprochen wird über alle möglichen Themen unter anderem auch das unserer Vergangenheit. Und aus dieser Erfahrung heraus und auch aus der Erfahrung der Untersuchungskommission - in der wir nun wirklich Menschen teilweise zu befragen hatten, von denen wir sehr stark annehmen mußten (und dann noch erfuhren), daß sie wirklich schuldig geworden waren - weiß ich, daß es möglich ist, daß man in einer Form von Gesprächen - nennen wir es auf englisch »hearing« oder »Anhörung« oder wie auch immer - in kleineren Gruppen miteinander sprechen können und unsere Vergangenheit uns gegenseitig, wie Krusche sagt, erzählen können. Mir erscheint es als die einzige Möglichkeit, dies in sehr vielen solchen Gruppen, an sehr vielen »Runden Tischen« vielleicht, zu tun; außerhalb dessen, was natürlich geschehen muß, daß justitiable Schuld, wie man immer sagt, in die Justiz gehört.

Aber davon reden wir heute nicht, wir reden von dem, was in unser aller Leben, die wir älter sind, an Konflikten, an bewältigten und auch an unbewältigten Konflikten, auch an Stellen, wo wir uns bewährt haben, wo wir *gestanden* haben, und an Stellen - das kann ich von meinem eigenen Leben sagen -, wo wir versagt haben, wo wir nicht *gestanden* haben, wo wir Angst hatten oder wo wir es einfach auch nicht gesehen haben. Das alles zu erzählen wird ein großes Thema der Literatur sein, ob sie das schafft, weiß ich nicht.

Aber auf alle Fälle müssen wir *vorher* miteinander darüber reden. Und ich bitte sie ganz herzlich, doch mal zu überlegen, wie sie es an der Uni machen können, dazu Leute einladen, ältere, zum Beispiel unseres Alters und oder auch untereinander, daß sie solche Kreise bilden, daß sie wirklich Formen dafür finden, daß vielleicht dieser Vorgang hier, den wir jetzt heute beklagen müssen, glaube ich; daß dieser Vorgang vielleicht dazu führt, daß sie gerade ihn ins Positive wenden, und sagen: »So jetzt wollen wir doch mal versuchen, ob man nicht einen vernünftigen Umgang mit diesen ja wirklich vorhandene Belastungen

finden kann.« Und daß sie sich da als Vor-
denker bewähren. Dann würde doch die
ganze Sache noch irgendeinen Sinn
kriegen.



ZU VIELE
Zeitungen?
Keine Zeit, nach
den Artikeln zu
suchen?

*Unnoetig! Denn seit September gibt es den
hochschulpolitischen
pressespiegel ost.*

hochschule politisch- akademisches journal aus ostdeutschland

ost

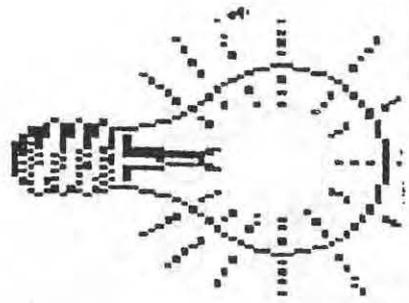
Dezemberheft

hochschule ost

Rundtisch-Gespräch zur Hochschulstruktur in Sachsen
mit Staatssekretär Noack, SMWK-Pressespre-
cher Häckel, den wissenschaftspolitischen
Sprechern der Landtagsfraktionen und
VertreterInnen der Hochschulverbände

*Er erscheint dreiwoechentlich, geheftet, A-4-Format,
in einem Umfang von ca. 60 Seiten und enthaelt alle
Artikel zur Wissenschafts- und Forschungspolitik, zu
Profil und Umgestaltungsprozess der ostdeutschen
Hochschullandschaft aus folgenden Zeitungen:*

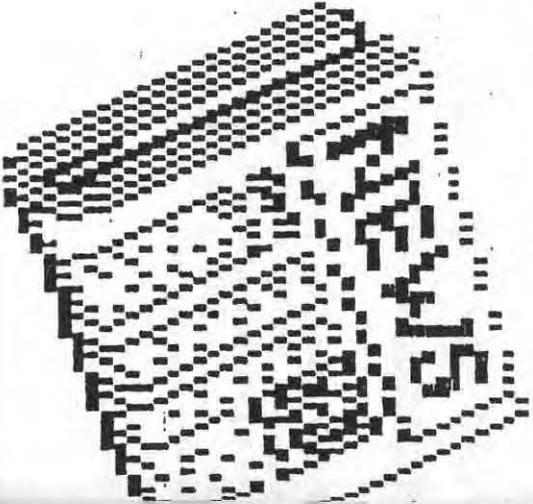
*Berliner Zeitung, Der Spiegel, Die Zeit, Volksstimme (Magdeburg), Frankfurter
Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Leipziger Volkszeitung, Mitteldeutsche
Zeitung, Neues Deutschland, Die Welt, Ostseezeitung, Saechsische Zeitung,
Sueddeutsche Zeitung, tageszeitung, Thueringer Allgemeine, Freie Presse,
Wochepost und Freitag.*



"hochschule ost politisch- akademisches journal aus ostdeutschland"

Bestandsaufnahme und Analyse des derzeitigen Hochschulsystems

- ▶ Kritische Begleitung des Umgestaltungsprozesses
- ▶ Vorstellungen zur Perspektive der Wissenschaften
- ▶ Konzepte und Ideen zu neuen Arten von Forschung und Lehre, Interdisziplinarität und Fachrichtungsverknüpfungen
- ▶ Tagungsberichte, Rezensionen
- ▶ Aktuelle Informationen direkt aus den Hochschulen
- ▶ Ihr Beitrag



Bestellung

Hiermit bestelle ich vom "hochschulpolitischen presspiegel ost"

- | | | | |
|----|---|---|------------|
| 1 | — | Einzelausgabe/n zum Kennenlernen | je 9,90DM, |
| 2. | — | fuenf aufeinanderfolgende Nummern zum nacheren Kennenlernen | 45,-DM, |
| 3 | — | zehn aufeinanderfolgende Nummern zur Gewoehnung | 87,-DM. |

Ich bestaetige, dass ich das Geld nach Erhalt des ersten Exemplares meiner Bestellung auf das Konto 1 431 543 800 Peer Pasternack (Arbeitskreis Hochschulpolitische Oeffentlichkeit) bei der BfG, Bankleitzahl 860 101 11 unter dem Verwendungszweck "Presspiegel" einzahle.

Habe ich mich fuer Variante 2. oder 3. entschieden, so erklære ich mich damit einverstanden, dass sich mein Abonnement jeweils um zehn Nummern verlaengert, wenn ich nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf des Abonnements dieses schriftlich beende.

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

Es ist mir bekannt, dass meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenueber dem Anbieter (Arbeitskreis Hochschulpolitische Oeffentlichkeit beim Stuifa der Universitaet Leipzig, Augustusplatz 9, Postfach 920, 7010 Leipzig) nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

Unterschrift

Bestellung

Sie haben mich neugierig gemacht auf die Zeitschrift "hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland", Broschur, A-5-Format. Bitte senden sie mir

- | | | | |
|----|-------|--|----------------------------|
| 1 | | Exemplar/e zum Kennenlernen (ostdeutsche PrivatbezieherInnen) | fuer je 5,- DM
3,- DM), |
| 2. | | die Zeitschrift im Abonnement (ein Jahr) (ostdeutsche PrivatbezieherInnen) | fuer 55,- DM
33,- DM) |

zu. Ich bestaetige, dass ich das Geld nach Erhalt des ersten Exemplares meiner Bestellung auf das Konto 1 431 543 800 Peer Pasternack (Arbeitskreis Hochschulpolitische Oeffentlichkeit) bei der BfG, Bankleitzahl 860 101 11 unter dem Verwendungszweck "Hochschule Ost" einzahle.

Habe ich mich fuer Variante 2. entschieden, so erklære ich mich damit einverstanden, dass sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlaengert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kuendige.

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

Es ist mir bekannt, dass meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenueber dem Anbieter (Arbeitskreis Hochschulpolitische Oeffentlichkeit bei Stuifa der Universitaet Leipzig, Augustusplatz 9, Postfach 920, 7010 Leipzig) nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

Unterschrift